

Projekt Votel 06

---

**Frage**

Nachdem das Projekt Votel06 diesen Frühling in Grangeneuve im Beisein zahlreicher Gemeinden vorgestellt wurde, möchte ich wissen, welche Absichten der Staatsrat (die Staatskanzlei) mit diesem Projekt Votel06 genau verfolgt.

Wenn dieses Programm allen Gemeinden im Kanton zur Verfügung gestellt werden soll, ist es möglich, dass dies für die Gemeinden gratis ist und der Zugriff entweder über einen gesicherten Zugang oder einen Sicherheitsstandard von Internet erfolgen kann?

15. Juni 2007

**Antwort des Staatsrats**

Im März 2007 wurden die Gemeinden zu einer Vorstellung der Software VotelCOM in Grangeneuve eingeladen; mit dieser Software können auf Gemeindeebene bei Wahlen und Abstimmungen die Stimmzettel einzeln ausgezählt werden. Nach dieser Informationssitzung haben mehrere Gemeinden Interesse für die Anschaffung dieser Software gezeigt.

Um zu untersuchen, ob diesen Gesuchen entsprochen werden kann, hat die Staatskanzlei bei den Gemeinden eine Untersuchung über die Informatikinfrastruktur und ganz besonders über den Internetzugang durchgeführt. Diese Umfrage zeigte folgende Ergebnisse:

- 10 % der Gemeinden haben noch einen Internetzugang über eine ISDN-Verbindung;
- 61 % haben einen Zugang über ADSL 3500/300 kbit/s und 6 % mit Geschwindigkeiten von 300/100 kbit/s;
- die restlichen 23 % greifen entweder über das elektrische Netz oder über das Kabelfernsehen auf Internet zu;
- mehrere Gemeinden müssten ihre Informatik-Infrastruktur entweder durch die Anschaffung von Informatikmaterial oder durch die Vernetzung ihrer Computer ergänzen.

Es sei darauf hingewiesen, dass das entscheidende Element für den Anschluss die Geschwindigkeit beim Versenden der Daten ist, d. h. die zweite Zahl bei den Geschwindigkeiten, die von Providern angegeben werden (z. B. 300/**100** kbit/s). Wir mussten feststellen, dass diese Geschwindigkeiten in den Gemeinden mehrheitlich zu niedrig sind, so dass der Ablauf der Auszählung aller Wahlzettel in Echtzeit nicht garantiert werden kann. Bedeutende Beträge – die in den Voranschlägen nicht enthalten sind – müssten für die Anschaffung von Material, die Sicherheit und die Anwenderschulung investiert werden, um dieses Projekt erfolgreich durchführen zu können. Diese Investitionen würden ausserdem erst 2011, dem nächsten Termin für die allgemeinen Wahlen, Früchte tragen.

Dazu kommt noch, dass zurzeit der Lieferant der Lösung VotelCOM nicht garantieren kann, dass die Mehrbelastung, die sich aus dem grossen Umfang transferierter Daten einer

grossen Zahl von Gemeinden ergibt, von den Netzinfrastrukturen des Staates Freiburg aufgefangen werden kann.

Aus den oben erwähnten Gründen hat die Staatskanzlei darauf verzichtet, den Gemeinden für die eidgenössischen Wahlen 2007 die Software VotelCOM flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Die Pilotgemeinden, die bereits über die Software verfügen, fahren mit den Tests im Massstab 1:1 weiter.

Dieser Entscheid wurde im Sommer allen Gemeinden im Kanton mitgeteilt, und einige von denjenigen, die über einen genügend leistungsfähigen Internetzugang verfügen, wurden in die Liste der Pilotgemeinden für die eidgenössischen Wahlen 2007 aufgenommen.

Was den zweiten Teil der Anfrage anbelangt, muss man darauf hinweisen, dass man die Software VotelCOM nicht einfach als Internet-Anwendung betrachten kann. Es handelt sich um ein Element des Auszählungssystems des Staates Freiburg, und deshalb muss die Software das höchste Sicherheitsniveau aufweisen; man muss verhindern, dass die Daten oder die Identität einer Gemeinde missbraucht werden. Mittelfristig ist für verschiedene Informatik-Anwendungen eine Sicherheitsinfrastruktur für die Verbindung zu allen Freiburger Gemeinden geplant. Angesichts der bestehenden Einrichtungen der Gemeinden und der bei den Gemeinden und beim Staat Freiburg verfügbaren personellen und finanziellen Mittel ist es nicht möglich, diese Infrastruktur kurzfristig für die eidgenössischen Wahlen 2007 zu schaffen. Die Frage, wer die Kosten für diesen Ausbau der Infrastruktur trägt, muss zum Zeitpunkt der Realisierung beantwortet werden.

Freiburg, den 4. September 2007